

Verfahren um riesigen Bauskandal

Spekulation, Rechenfehler, Freunderlwirtschaft: Nach acht Jahren Ermittlungen beginnt morgen der Prozess um den Bau des Eltern-Kind-Zentrums in Klagenfurt.

MANUELA KALSER

Ein heillos schwieriger Prozess startet am Montag (22. Jänner): Es geht um den Bauskandal am LKH Klagenfurt. Der Fall reicht bis 1998 zurück. Der Akt der Staatsanwaltschaft Klagenfurt umfasst 1500 Seiten. Von 18 Verdächtigen, darunter der prominente Spitalsmanager Eckhardt Westphal, blieben nur zwei übrig: ein Ex-Mitarbeiter der Firma Ilbau und ein selbstständiger Ziviltechniker.

Laut Anklage soll beim Bau des Eltern-Kind-Zentrums (Elki) am LKH-Gelände ein Schaden von über einer Million Euro entstanden. Der öffentliche Auftrag soll ganz gezielt der Firma Ilbau zugeschanzt worden sein. Ob es diesbezüglich politischen Druck gab, wird in dem Verfahren eine interessante Rolle spielen. Wörtlich steht in der Anklageschrift: „Die Auftragsvergabe an die Firma Ilbau wurde um jeden Preis angestrebt.“

Die Ausschreibungsunterlagen waren laut Staatsanwältin Gabriele Lutschounig schwer mangelhaft. Alle Warnungen, dass da-



Bei der Errichtung dieses LKH-Gebäudes soll es zu millionenschweren Ungereimtheiten gekommen sein

EGGENBERGER

durch die Möglichkeit bestehe, die Bausumme durch Spekulationen in die Höhe zu treiben, seien bewusst ignoriert worden. Zudem soll auch das Anbot der Firma Ilbau „Rechenfehler“ aufgewiesen haben. Ein Sachverständiger kommt auf Seite 50 der Anklage zu folgendem Schluss: „Bereits im Zuge der Vorprüfung war

festzustellen, dass das Generalunternehmensangebot der Firma Ilbau auch den formalen Zuschlagskriterien nicht entsprach.“

Trotzdem wurde das Elki von Ilbau gebaut und die projektierte Bausumme weit überschritten. Als Hauptangeklagter galt ursprünglich der damals verantwortliche Projektleiter der Krankenanstalten Betriebsgesellschaft (Kabeg): Doch der Betroffene ist in der langen Ermittlungszeit von acht Jahren verstorben. Der nun angeklagte Ilbau-Mitarbeiter gilt als Beitrags-täter und wird in dem Verfahren von Anwalt Bernhard Fink vertreten. Er soll bei der Anbotstellung unzulässig „spekuliert“ haben, indem ungewöhnlich niedrige Einheitspreise veranschlagt wurden. Dem entgegnet die Ver-

teidigung, dass spekulative Angebote branchenüblich sind. Auch alle anderen Bieter beim Projekt hätten „spekuliert“. „Es wäre Aufgabe der Architekten und des Projektmanagements gewesen, diese Ungereimtheiten aufzuzeigen.“ Die Kontrollorgane wurden – laut Anklage – aber bewusst unter Zeitdruck gestellt.

„Es gibt kein Motiv für ein kriminelles Zusammenspiel“, betont auch Anwalt Marwin Gschöpf, der den zweitangeklagten Techniker verteidigt.

Gebäude abtragen

Zur Kostenüberschreitung beim Bau des Elki „kam es nur deshalb, weil nachträglich und in Kenntnis aller ursprünglich geplanten Bauvorgänge Änderungen erfolgten“. Wie zum Beispiel eine Unterkellerung. Wie viel Bauma-

terial mehr da tatsächlich verbraucht wurde, weiß heute niemand. „Um das nachvollziehbar zu machen, müsste das Gebäude abgetragen werden. Und das ist unmöglich“, sagt Richter Manfred Herrnhof, der den Prozess leiten wird.

Der Prozessausgang ist also völlig offen. Selbst wenn sich die Vorwürfe der Anklage bestätigen sollten, ist nicht klar, inwieweit die zwei übrig gebliebenen Angeklagten, dafür verantwortlich sind. „Den Letzten beißen die Hunde? So kann's wohl nicht sein“, meint Anwalt Gschöpf. Anwalt Fink betont: „Die Ausschreibung des Millionen-Projektes war zwar hundsmiserabel. Aber darauf hatte mein Mandant keinen Einfluss.“ Und weiter: „Rechtlich ist gegen die Angeklagten nichts drin.“